

Mein Standpunkt Beat Kappeler



## Warum wir die Anspruchshaltung dämpfen und die Eigenverantwortung stärken sollten

**A**lles hängt zusammen - die Sozialcharta, der Kapitalbezug aus zweiter Säule, die Ausländer in der Sozialhilfe. Diese Probleme kreuzen sich über zwei Artikel der Bundesverfassung. Diese sind bei der Totalrevision im Jahre 1999 grossherzig ausgefallen.

Sie spenden viel Hilfe, wenn jemand sein Vorsorgekapital verschleudert, wenn Zuzüger leichtsinnig einwandern, falls man die Sozialcharta Europas unterschreibt. Denn der Artikel 12 erteilt den «Anspruch auf Hilfe und Betreuung und auf die Mittel, die für ein menschenwürdiges Dasein unerlässlich sind». Der Artikel 41 dekliniert dann diese Ansprüche für alle Lebenslagen durch, für Kranke, Alte, Kinder, Familien, Wohnungssuchende, Invalide, Waisen und Witwen.

Vor allem das menschenwürdige Dasein tönt gut, hat aber Folgen, weil es auf die Teilhabe an der wachsenden Wohlstandsgesellschaft verweist. Es ist ein dynamischer Anspruch. Vor sechzig Jahren trugen wir Buben aus Mittelstandsfamilien wollene Strümpfe im Winter. Die Familie machte den Joghurt selbst mit Gläsern in mit Papier ausgestopften Kartonschachteln, und anstatt in Sozialwohnungen brachte die Gemeinde eine Familie je Zimmer in einem abgehalfterten Kurhaus unter, wo strenger Geruch in den Gängen wehte.

Solche Angebote für Sozialfälle, Asylbewerber, Einwanderer würden heute in den Medien gebrandmarkt. Sofort würden Advokaten heute Zentralheizung, Winterausrüstung, Zahnersatz, Weiterbildung und Ausflüge durchsetzen. Die Honorarrechnung ginge an die Gemeinde, selbstverständlich.

Die Vorstellungen menschenwürdiger Ansprüche weiteten sich also stark aus, und sie sind einklagbar geworden. Die Verfassungsexperten schworen 1999, die Verfassung führe nur geltendes Recht nach, aber plötzlich standen diese Sozialpolitik oder die Kulturpolitik des Bundes drin. Ein Staatsstreich, der zuerst die Parlamentarier hereinlegte, dann das Volk.

Nun zögern die Parlamentarier mit gewissem Recht seit bald 50 Jahren, die Sozialcharta zu unterzeichnen. Der Bundesrat seinerseits beschränkt jetzt die Sozialhilfe für EU-Stellensuchende. Und er will die Kapitalauszahlung der Pensionskassen beschränken. Wären aber diese rechtlichen Sozialansprüche knapper gefasst, könnte man Auszahlungen voll zulassen, aber den Bezüger unterschreiben lassen, falls er alles verschwende, ziehe er mit einer Woldecke unter die Brücke. Man könnte wie vor 1914 die leichtsinnig ohne Qualifikation und Stelle Zugewanderten sich selbst überlassen.

Die USA haben seit über 60 Jahren ihre damals schon karge Armutsdefinition nur durch Inflation ergänzt, nicht durch dynamische Wohlstandsgarantien. Die Schweizer Verfassung sollte die Mitte zwischen diesem nackten Überleben und den heutigen Ansprüchen suchen. Oder aber man muss eben unschön in den einzelnen Problemereichen bremsen, wie eben bei der Kapitalauszahlung oder bei der Sozialhilfe.

Vor allem die Sozialcharta kann beim Stand heutiger Ansprüche nicht unterschrieben werden. Das ist nicht juristisch, sondern politologisch zu begründen. Denn alles, was aus Strassburg kommt, wabert weit über die ursprünglichen Einverständnisse hinaus. Die



Es braucht eine massvolle Anspruchsschwelle in Verfassung und Gesetzen. Und dann müssen die einzelnen Sicherungen sorgfältig aufeinander abgestimmt werden.

nicht dazu gewählt, sondern aus Parlamenten, Regierungen und Behörden delegierten Kommissionen hacken beispielsweise plötzlich auf fehlenden Regeln der Schweiz zur Parteienfinanzierung herum. Dabei belegen die jahrelangen Prozesse gegen Kohl, Juppé, jetzt Sarkozy, dass solche Regeln nur als parteipolitische Schlamm-schlachten dienen.

Wirklich korrupt sind die europäischen Parteien nicht wegen Finanzquellen, sondern längst, weil sie in gemeinsamen Kuhhändeln ihre Klientel mit Umverteilungen zulasten des Staates bedienen - etwa Matteo Renzi mit 80 Euro monatlich für jeden Beschäftigten. Das analysiert die angelsächsische Politologie seit 40 Jahren, das zeigt das neueste Buch von Silvio Borner «Über Schulden und Überschuldung». Mit Parteien-gesetzen aber machen sich verschwenderische Klientelpolitiker zu Saubermännern.

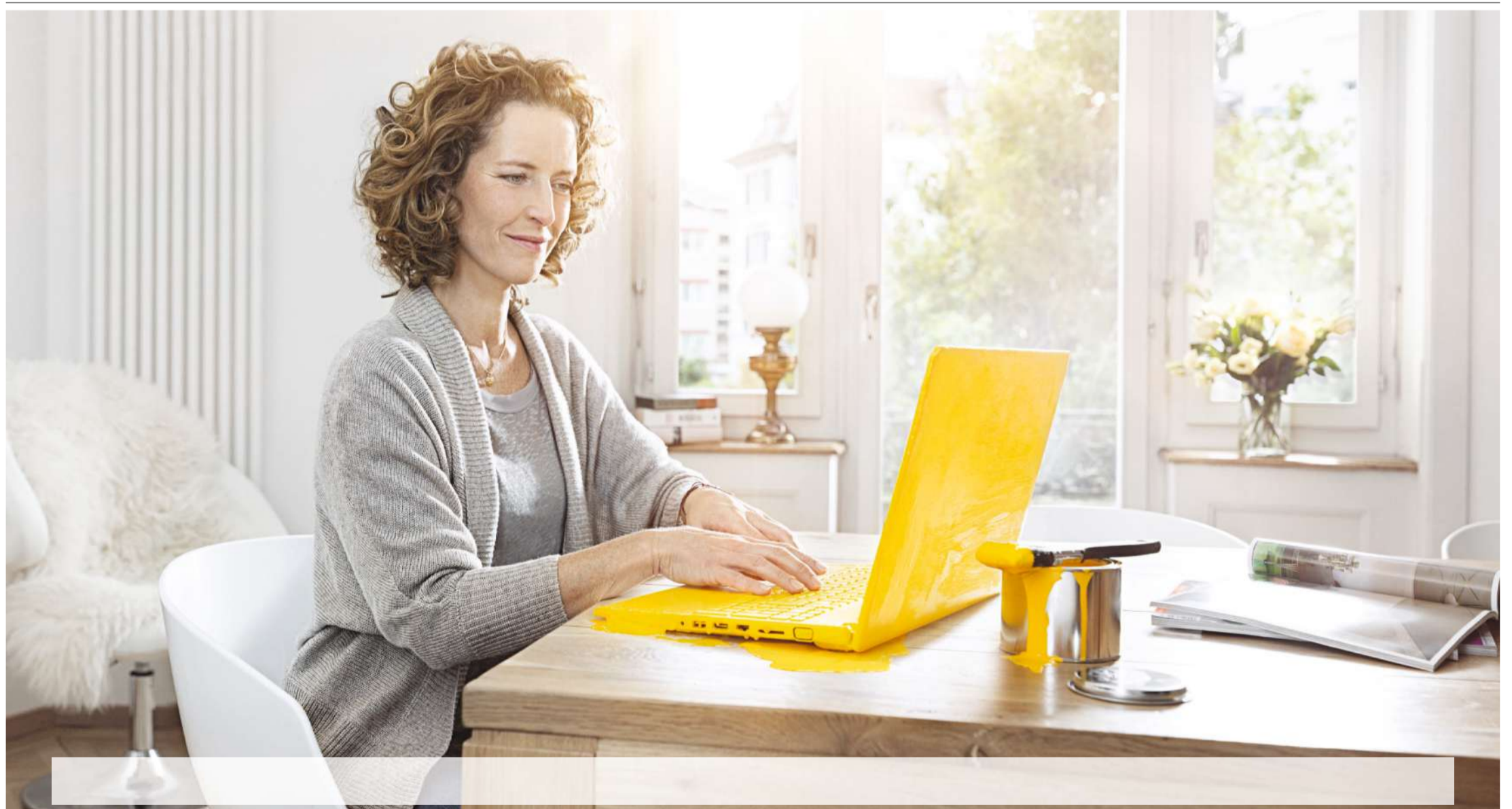
Auch in der Schweiz hat das Zusammenspiel grundsätzlicher Garantien und fallweiser Sicherungssysteme zu einem Zustand geführt, wo über die Hälfte der Haushalte Geld vom Staat beziehen. Deshalb müssen nicht nur die einzelnen Absicherungen fallweise umkämpft und eingeschränkt werden, wie auf den drei erwähnten Gebieten der Sozialhilfe, der Sozialcharta und der Kapitalauszahlungen. Es braucht eine grundsätzlich massvolle Anspruchsschwelle in Verfassung und Gesetzen, und dann müssen die einzelnen Sicherungen aufeinander abgestimmt werden - Alters- und Invalidenrenten, Ergänzungsleistungen, Prämiensubventionen, Sozialhilfe, Direktzahlungen. Sozialtechnik ist so komplex wie Astrophysik, und ihre Schwerkraft sehr teuer.

## Personen und Unternehmen

**Lindt & Sprüngli.** Der Schweizer Schokolade-Konzern steht offenbar vor einer Milliardenübernahme. Wie die «Financial Times» am Samstagabend unter Berufung auf gut unterrichtete Kreise berichtete, will Lindt & Sprüngli für 1,4 Mrd. \$ den US-Konkurrenten Russel Stover kaufen. Der von Ernst Tanner geführte Schweizer Konzern könnte damit seine Position in Nordamerika deutlich verbessern. Russel Stover gehört der Familie Ward und ist mit 600 Mio. \$ Umsatz der drittgrösste Schokolade-Verkäufer in den USA. Lindt & Sprüngli hat 2013 knapp 3 Mrd. Fr. Umsatz erzielt. Die Unternehmen kommentierten die Meldung nicht. (Reuters)

**Iberia.** Die spanische Fluggesellschaft hat am Samstag angekündigt, 1580 Arbeitsplätze zu streichen. Für die betroffenen Mitarbeiter soll es Angebote zum freiwilligen Ausscheiden geben. (sda)

**Apple.** Das wertvollste Unternehmen der Welt hat am Samstag unter reger Anteilnahme von Anhängern der Marke an der Freien Strasse in Basel sein viertes Ladengeschäft in der Schweiz eröffnet. Mehrere Dutzend in Blau gekleidete Verkäufer applaudierten der wartenden Menge. Der Europäische Gerichtshof (EuGH) in Luxemburg hatte am Donnerstag in einem Patentstreit entschieden, dass der iPhone-Hersteller seine «Flagship Stores» als Marke schützen darf. (dst.)



### Individuelle E-Shop-Lösungen: Auch das ist die Post.

Die Post bietet Ihnen E-Commerce-Dienstleistungen entlang der gesamten Wertschöpfungskette an. Zum Beispiel E-Shop-Lösungen von schlanken, kostengünstigen Standardlösungen bis zum High-End-Shop. Selbstverständlich profitieren Sie auch von unseren Zustelloptionen wie SMS-Avisierung, Abend- und Samstagzustellung sowie dem 24-Stunden-Paketautomaten My Post 24. Alle Infos unter [post.ch/e-commerce](http://post.ch/e-commerce).

**DIE POST**   
Gelb bewegt.